Eingangsvermerke				
Landratsamt Ortenaukreis - Straßenverkehr & ÖPNV- Badstr. 20 77652 Offenburg	Antrag auf Erteilung einer Genehmigung ☐ für die Ausübung ☐ für die Änderung ☐ für den Weiterbetrieb eines Gelegenheitsverkehrs nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) für ☐ Mietwagenverkehr ☐ Ausflugsfahrten mit Pkw ☐ Ferientziel-Reisen mit Pkw			
Die Genehmigung wird für folgende Fahrzeuge beantragt:				
Kennzeichen	Hersteller	Fahrzeug-Ident-Nr.	Sitzplätze	Fahrzeughalter

1. Antragsteller	
Name (ggf. auch Geburtsname), Vorname, Firma	Telefon/ Mobil
Wohnsitz (Ort, Straße)	
Betriebssitz (Ort, Straße)	
Geburtsdatum, Geburtsort	
E-Mail Adresse (Angabe freiwillig)	

2. Angaben über den/die Inhaber (bei Handelsgesellschaften ggf. Gesellschafterliste)	
a)	Name (ggf. auch Geburtsname), Vorname
	Funktion im Unternehmen
	Geburtsdatum, Geburtsort
b)	Name (ggf. auch Geburtsname), Vorname
	Funktion im Unternehmen
	Geburtsdatum, Geburtsort

3. Angaben über die für die Führung der Geschäfte bestellte(n) Person(en)	
a)	Name (ggf. auch Geburtsname), Vorname
	Stellung im Unternehmen (Aufgabengebiet)
	Geburtsdatum, Geburtsort
b)	Name (ggf. auch Geburtsname), Vorname
	Stellung im Unternehmen (Aufgabengebiet)
	Geburtsdatum, Geburtsort

4. Angaben über die fachliche Eignung	☐ des Antragstellers	☐ der für die Führung der Geschäfte bestellten Person
4.1	Die fachliche Eignung wird nachgewiesen durch (entsprechende Bescheinigungen bzw. Zeugnisse sind beizufügen):	
☐	bestandene Fachkundeprüfung;	
☐	bestandene Abschlussprüfung zum Kaufmann/zur Kauffrau im Eisenbahn- und Straßenverkehr, Schwerpunkt: Personenverkehr/ zum Verkehrsfachwirt/zur Verkehrsfachwirtin/ als Betriebswirt(in) (DAV Bremen)/ als Diplombetriebswirt(in) in Verkehrsbetriebswirtschaft und Logistik (FH Heilbronn)/ Diplom Verkehrswirtschaftler(in) (TU Dresden);	
☐	Mehrjährige leitende Tätigkeit in einem Unternehmen, das Mietwagenverkehr bzw. Taxenverkehr betreibt (Anerkennung durch die IHK erforderlich)	
4.2	Befreiung vom Nachweis der fachlichen Eignung	
☐	erneute Erteilung einer auslaufenden Genehmigung	
☐	Erteilung einer zusätzlichen Genehmigung	

5. Sind oder waren Sie bereits Inhaber einer Genehmigung oder Betriebsführer (§ 2 Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 PBefG)?
Genehmigte Verkehrsart/Verkehrsform:
☐ nein ☐ ja
Genehmigungsbehörde Datum und Aktenzeichen der Genehmigung

6. Die Gültigkeitsdauer der beantragten Genehmigung soll betragen:
☐ _____ Jahre Höchstdauer: 5 Jahre
☐ Die Laufdauer soll an die bereits bestehenden Genehmigungen angepasst werden.

7. Zur Bearbeitung des Antrags sind folgende Unterlagen beizulegen (die Unterlagen dürfen nicht älter als 3 Monate sein, Ausnahme 7.1):	
7.1	Bescheinigung(en) zum Nachweis der fachlichen Eignung
7.2	Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes, der Betriebsitzgemeinde, der Träger der Sozialversicherung und der Berufsgenossenschaft
7.3	Eigenkapitalbescheinigung (Vordruck der Genehmigungsbehörde);
7.4	Ggf. Zusatzbescheinigung nach § 2 Abs. 3 der Berufszugangsverordnung für den Straßenpersonenverkehr (Vordruck der Genehmigungsbehörde, sofern von der Genehmigungsbehörde gefordert);
7.5	Führungszeugnis zur Vorlage bei Behörden für den Antragsteller und ggf. die zur Führung der Geschäfte bestellte(n) Person(en)
7.6	Auskunft aus dem Gewerbezentralregister zur Vorlage bei Behörden für den Antragsteller und ggf. die zur Führung der Geschäfte bestellte(n) Person(en)
7.7	Auskunft aus dem Verkehrszentralregister für den Antragsteller und ggf. die zur Führung der Geschäfte bestellte(n) Person(en)
7.8	Nur bei Unternehmen, die in das Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen sind: beglaubigte Abschrift der Eintragungen, bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, außerdem die Gesellschafterliste
7.9	Ggf. Gesellschaftsvertrag;
7.10	Ggf. Unterlagen zum Nachweis des Beschäftigungsverhältnisses der zur Führung der Geschäfte bestellten Person;

8. Erklärung:
Ich versichere, dass ich die Angaben in diesem Antrag und in den beigelegten Anlagen, die Bestandteil dieses Antrages sind, nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe.
_____
(Ort, Datum) _____ (Unterschrift)
Erklärung des Antragstellers über Rechtsmittelverzicht
Ich erkläre hiermit freiwillig , dass ich, soweit mein Antrag vom _____ auf Erteilung einer Genehmigung eines Gelegenheitsverkehrs mit Pkw nach dem Personenbeförderungsgesetz voll inhaltlich genehmigt wird, auf die sonst vor der Aushändigung der Genehmigungsurkunde erforderliche Zustellung einer begründeten Entscheidung und auf die Einlegung eines Rechtsmittels verzichte. Ich will damit zur Vereinfachung und zur Beschleunigung des Verfahrens beitragen und erreichen, dass ich ohne weiteren Verzug von der Genehmigung Gebrauch machen kann.
_____
(Ort, Datum) _____ (Unterschrift)

„Informationen zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage unter www.ortenaukreis.de/Datenschutz. Sie können diese auf Anfrage auch schriftlich erhalten.“